

(A) Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über die von den Fraktionen der CDU/CSU und SPD sowie der Bundesregierung eingebrachten Entwürfe eines Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsstellung von asylsuchenden und geduldeten Ausländern. Der Innenausschuss empfiehlt in seiner Beschlussempfehlung auf Drucksache 18/3444, die Gesetzentwürfe der Fraktionen der CDU/CSU und SPD auf Drucksache 18/3144 sowie der Bundesregierung auf Drucksache 18/3160 zusammenzuführen und in der Ausschussfassung anzunehmen. Ich bitte jetzt diejenigen, die dem Gesetzentwurf in der Ausschussfassung zustimmen wollen, um das Handzeichen. Wer stimmt dafür? – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf in zweiter Beratung mit den Stimmen der Koalition und von Bündnis 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Ich komme zur

dritten Beratung

und Schlussabstimmung. Ich bitte diejenigen, die dem Gesetzentwurf zustimmen wollen, sich zu erheben. – Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? – Damit ist der Gesetzentwurf mit den Stimmen der Koalition und des Bündnisses 90/Die Grünen bei Enthaltung der Fraktion Die Linke angenommen worden.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 14 a bis 14 c auf:

- (B) a)** Beratung des Antrags der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Neue Dynamik für nukleare Abrüstung – Der Humanitären Initiative beitreten**Drucksache 18/3409**

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- b)** Beratung des Antrags der Abgeordneten Agnieszka Brugger, Annalena Baerbock, Marieluise Beck (Bremen), weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

VN-Resolution zu Uranmunition zustimmen**Drucksache 18/3410**

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

- c)** Beratung des Antrags der Abgeordneten Inge Höger, Wolfgang Gehrcke, Jan van Aken, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE **(C)**

In UN-Generalversammlung der Uranwaffen-Resolution zustimmen**Drucksache 18/3407**

Überweisungsvorschlag:
Auswärtiger Ausschuss (f)
Verteidigungsausschuss
Ausschuss für Gesundheit
Ausschuss für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit
Ausschuss für Menschenrechte und Humanitäre Hilfe
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Nach einer interfraktionellen Vereinbarung sind für die Aussprache 25 Minuten vorgesehen. – Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist das so beschlossen.

Ich eröffne die Aussprache. Als erste Rednerin erhält die Kollegin Agnieszka Brugger das Wort.

Agnieszka Brugger (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vor ein paar Jahren war die Euphorie für die Vision einer atomwaffenfreien Welt spürbar und greifbar, und nun scheint diese verfliegen zu sein. Die Überprüfungskonferenz zum Nichtverbreitungsvertrag, der das wirkmächtigste Regime in der internationalen nuklearen Abrüstungspolitik ist, sollte eigentlich ein Ereignis sein, dem alle Abrüstungspolitikerinnen und Abrüstungspolitiker weltweit mit freudiger Erwartung entgegensehen. Wer aber auf die Überprüfungskonferenz im nächsten Jahr schaut, der tut dies mit Bauchschmerzen und Pessimismus. **(D)**

Noch 2010 hat sich die Staatengemeinschaft auf eine gemeinsame Linie verständigt und einen umfangreichen Aktionsplan verabschiedet. Wir alle haben das groß als Erfolg gefeiert. Unterm Strich muss man vier Jahre später aber ernüchert und enttäuscht feststellen: Kaum etwas davon ist umgesetzt worden, und es ist auch nicht mehr viel zu erwarten. Das einzige kleine Hoffnungszeichen ist, dass die Atomverhandlungen mit dem Iran nicht gescheitert sind.

Meine Damen und Herren, gerade weil die Rahmenbedingungen für die Abrüstungspolitik insgesamt derzeit nicht besonders gut sind – auch nicht erst seit der Ukraine-Krise –, dürfen wir nicht verzagen und müssen wir hier mutig vorangehen.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Auch wenn die Verhandlungen im Rahmen des Nichtverbreitungsvertrages schwierig sind, muss man neue Ideen unterstützen und neue Wege begehen.

Für eine neue Dynamik sorgt eine Initiative, die von einer Reihe von Staaten und von einer lebendigen Zivilgesellschaft ausgeht und sich mit den verheerenden humanitären Folgen eines Atomwaffeneinsatzes auseinandersetzt. Sie bietet die Chance, dem Ziel einer atomwaffenfreien Welt langfristig über ein Verbot von Nuklearwaffen näherzukommen. 155 Staaten unterstützen

Agnieszka Brugger

- (A) mittlerweile die damit verbundene Erklärung, die einen Einsatz dieser Massenvernichtungswaffen unter allen Umständen verbietet. Die Bundesregierung aber will dieser Erklärung nicht beitreten. Sie verweigert sich hier und verweist dabei auf ihre NATO-Mitgliedschaft. Das ist wenig überzeugend, da andere NATO-Mitgliedstaaten wie Norwegen, Island und Dänemark trotzdem dabei sind.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In der nächsten Woche findet in Wien die dritte Konferenz zu den humanitären Folgen des Einsatzes von Nuklearwaffen statt. Wir fordern Sie an dieser Stelle daher auf: Hören Sie auf, sich hier herauszuwinden! Unterstützen Sie vielmehr von deutscher Seite aus endlich diese wichtige Erklärung!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, die deutsche Abrüstungspolitik leidet nicht nur unter Ihrer Zögerlichkeit, sondern sie ist auch wenig glaubwürdig. Es ist miteinander unvereinbar, auf dem internationalen Parkett für internationale Abrüstung einzutreten und gleichzeitig daran festzuhalten, dass US-amerikanische Atomwaffen in Deutschland stationiert sind,

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

und es ist ein längst überfälliger und wichtiger Schritt, für den Abzug dieser Waffen einzutreten.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

- (B) Stattdessen billigt die Bundesregierung die Modernisierung dieser Massenvernichtungswaffen und will auch noch einmal Geld obendrauf legen, damit die Tornados, die Trägersysteme dieser Waffen, modernisiert werden. Meine Damen und Herren von der Koalition, stoppen Sie diese Aufrüstung, und verabschieden Sie sich ein für alle Mal von diesen falschen Modernisierungsplänen!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, in den letzten Jahren, als Sie noch in der Opposition waren, haben wir Außenminister Westerwelle und die schwarzgelbe Regierung gemeinsam kritisiert. Man könnte jetzt, wo Sie mitregieren, erwarten, dass es tatkräftig vorangeht. Man hört von Ihnen aber nichts zu den Modernisierungsplänen, man hört von Ihnen auch nichts mehr zum Abzug der Atomwaffen.

Ich habe noch ein weiteres trauriges Beispiel: Unter Schwarz-Gelb hat Deutschland im Rahmen der Vereinten Nationen der Resolution zur Uranmunition immer zugestimmt. Sie ist ja auch sehr sanft und vorsichtig formuliert. Nun hat sich unter Schwarz-Rot erstmalig eine deutsche Bundesregierung entgegen einer breiten Mehrheit von 143 Staaten enthalten.

(Zurufe vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
und von der LINKEN: Oh!)

Das ist inkonsequent: Einerseits werden die eigenen Soldatinnen und Soldaten durch die Vorschriften vor den Gefahren durch Uranmunition geschützt. Wenn es aber

andererseits um den Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten geht, enthalten Sie sich. Das ist einfach wirklich nicht richtig. (C)

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie der Abg. Christine Buchholz [DIE LINKE])

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der Koalition, sorgen Sie hier für einen Kurswechsel; denn die deutsche Nichtzustimmung zu dieser wichtigen Resolution ist ein falsches und fatales Signal.

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Meine Damen und Herren, wir Grüne lassen an dieser Stelle nicht locker. Mit den beiden Anträgen, die wir heute hier einbringen, geben wir Ihnen wichtige Anregungen mit auf den Weg, die Sie aufgreifen sollten. Wachen Sie endlich aus Ihrer Lethargie auf! Laufen Sie nicht rückwärts, sondern schreiten Sie mutig voran – für mehr Frieden, Sicherheit und Abrüstung!

(Beifall beim BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Robert Hochbaum das Wort.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Robert Hochbaum (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Aussage unseres Außenministers Frank-Walter Steinmeier zu Global Zero: „Das ist keine Vision, sondern eine Notwendigkeit“, kann gar nicht oft genug unterstrichen werden. (D)

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Ich glaube, wir sind uns hier und heute fast alle einig, dass eine Welt ohne Atomwaffen unser Ziel ist und auch unser Ziel bleiben muss. Doch an der Frage, wie wir dieses Ziel erreichen, scheiden sich wie so oft die Geister. Dies erkennt man auch deutlich an dem zur Debatte stehenden Antrag von Bündnis 90/Die Grünen. Weltweite nukleare Abrüstung kann eben mal nicht mit einem Handstreich vollzogen werden. Es ist wie bei vielen Dingen ein weiter Weg zum Ziel, vor allem ein Weg der vielen kleinen Schritte.

Einer dieser Schritte ist zum Beispiel das stete Einwirken Deutschlands auf alle Nuklearstaaten, konkrete Lösungen im Bereich der bilateralen Abrüstung zu erarbeiten. So ist es unter anderem dem Betreiben von Deutschland zu verdanken, dass vom NATO-Gipfel in Wales bei der nuklearen Abrüstung die Botschaft der ausgestreckten Hand auch weiterhin ausgeht – ich zitiere –:

Das Bündnis ist entschlossen, eine sicherere Welt für alle anzustreben und die Bedingungen für eine Welt ohne Kernwaffen in Übereinstimmung mit den Zielen des Vertrags über die Nichtverbreitung von

Robert Hochbaum

- (A) Kernwaffen zu schaffen, und zwar in einer Art und Weise, die die internationale Stabilität fördert ...

Ich glaube, dies ist ein klares Votum, dem man eigentlich nur zustimmen kann.

Wichtig ist dabei natürlich auch die Aussage, dass nukleare Abrüstung die internationale Stabilität fördern muss. Das heißt, sie kann auf gar keinen Fall einseitig erfolgen, sonst könnte sie im Extremfall sogar bewaffnete Konflikte begünstigen, und das wollen wir sicher alle nicht.

Man sieht also, dass Erfolge auf diesem Gebiet nur im gegenseitigen Dialog zu erreichen sind. Sichtbar wird dies aktuell dadurch, dass die Bundesregierung mit Nachdruck auf eine Lösung der Problematik im Iran hinwirkt, vor allem auch in Person unseres Bundesaußenministers. Von dieser Stelle aus möchte ich ihm, aber natürlich auch den anderen Beteiligten aus der Bundesregierung dafür danken, dass sie immer wieder, ohne nachzulassen, auf eine friedliche Lösung dieses Konflikts hinwirken.

Meine Damen und Herren von der Opposition, auch wir sehen natürlich die Notwendigkeit einer atomwaffenfreien Welt.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Immerhin!)

Um dies zu erreichen, sind jedoch keine Rundumschläge, sondern ist konstruktive Arbeit erforderlich.

- (B) (Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Hört! Hört! – Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben wir ja gemacht!)

Hier liegt der kleine Unterschied: Sie haben eine Vision – wir arbeiten daran, sie Wirklichkeit werden zu lassen.

(Lachen bei der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Schön wär's!)

Diese Wirklichkeit wird aktuell – wir haben heute schon davon gehört – in einem anderen Bereich der Abrüstungspolitischen Debatte auf die Probe gestellt, und zwar auf dem Feld des Einsatzes von Uranmunition. Wie Sie sicher wissen, setzt die Bundeswehr diese Munitionsart seit den 70er-Jahren nicht mehr ein. Da Uranmunition aber auch weiterhin von einigen unserer Bündnispartner eingesetzt wird, ist die Debatte darüber wieder entflammt. Nun entzündet sich die Diskussion – man sieht es an den vorliegenden Anträgen – an der Enthaltung Deutschlands bei der Abstimmung über eine entsprechende UN-Resolution.

(Dr. Frithjof Schmidt [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das müssen Sie mal erklären!)

Es geht dabei jedoch nicht um einen Bann von Uranmunition, sondern um die Feststellung der Schädlichkeit.

Die Bundesregierung hat in der Vergangenheit immer wieder, auch durch entsprechende Stimmklärungen bei ihrem zustimmenden Verhalten – das kann man alles sehr genau nachlesen –, gefordert, alle Aspekte bzw.

- Gutachten mit einzubeziehen, neue Gutachten zur Entscheidung heranzuziehen und – das war ganz wichtig – die Argumente der deutschen Delegation in die Schlussfolgerungen mit zu übernehmen. (C)

(Katja Keul [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was ist jetzt mit der Enthaltung?)

Da dies bisher aber in keinem dieser Fälle geschehen ist, hat man dieses Mal beschlossen, sich zu enthalten, also – ich weise darauf hin –, sich zu enthalten, nicht, dagegen zu stimmen.

Sehr geehrte Damen und Herren, in den vorliegenden Anträgen, vor allem im Antrag von Bündnis 90/Die Grünen, sind natürlich Passagen enthalten, denen auch wir zustimmen könnten. Mehrheitlich sind es jedoch die genannten Rundumschläge, die uns den entsprechenden Zielen nicht näherbringen, im Extremfall sogar Lösungen blockieren.

(Zuruf von der CDU: So ist es!)

Deshalb müssen wir diese Anträge leider ablehnen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächster Redner hat der Kollege Dr. Neu das Wort.

(Beifall bei der LINKEN)

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Waffensysteme mit nuklearer Wirkung sind Massenvernichtungswaffen. Es ist egal, ob es sich dabei um hochangereicherte Atombomben handelt oder um abgereicherte panzerbrechende Munition. Denn neben der intendierten direkten Tötungsfunktion von Kombattanten wirken nukleare Waffen in räumlicher und zeitlicher Dimension unterschiedslos. Das heißt, Zivilisten werden unmittelbar getötet oder langfristig getötet aufgrund von Verstrahlungen. Es können ganze Regionen auf Tausende, ja sogar Hunderttausende von Jahren verseucht werden, je nach Halbwertszeiten.

Nun aber zu den kleinen Nuklearwaffen, zur abgereicherten Uranmunition. In der internationalen Gemeinschaft wird zunehmend akzeptiert, dass Uranmunition Auswirkungen auf die Gesundheit von Menschen hat. Damit wird sie zunehmend relevant für das humanitäre Völkerrecht. So heißt es zum Beispiel in Artikel 35 des Zusatzprotokolls der Genfer Konvention – ich zitiere –:

Es ist verboten, Methoden oder Mittel der Kriegführung zu verwenden, die dazu bestimmt sind oder von denen erwartet werden kann, dass sie ausge dehnte, lang anhaltende und schwere Schäden der natürlichen Umwelt verursachen.

Ich finde es unerträglich, wenn immer noch behauptet wird, es gebe keinerlei Beweise dafür, dass abgereicherte Uranmunition tötet oder langfristige Schädigung

(D)

Dr. Alexander S. Neu

- (A) gen der Gesundheit oder gar der Gene verursacht, wodurch die Schädigung sogar über Generationen hinweg weitergetragen wird.

(Beifall bei Abgeordneten der LINKEN)

Die explodierenden Krebsraten, die massiv zunehmende Zahl von Totgeburten und Missgeburten in den Einsatzregionen sprechen eine deutliche Sprache. Die Leugnung der Zusammenhänge zwischen dem Einsatz abgereicherter Munition und menschlichen Schäden oder auch die Behauptung, das seien nur spekulative Korrelationen, ist nur mit einem zu erklären – da widerspreche ich Ihnen, Herr Hochbaum –: Man will nicht Verbündete wie die USA oder Großbritannien düpiieren. In Afghanistan, in Jugoslawien, im Irak zweimal, in Libyen und wahrscheinlich auch in Syrien wurde bzw. wird dieses Waffensystem eingesetzt. Ich finde, das spricht Bände über die miserable Ethik und den widerwärtigen Charakter der Befürworter und Verharmloser abgereicherter Uranmunition.

Die Bundesregierung sollte zumindest daran interessiert sein, die Zusammenhänge weiter wissenschaftlich überprüfen zu lassen.

(Beifall bei der LINKEN)

Aber nichts da. Selbst das will Schwarz-Rot nicht, sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger. Ich finde, das ist skandalös. Das Abstimmungsverhalten der Bundesregierung in der UN-Generalversammlung war skandalös. Die Bundesregierung hat vor wenigen Tagen dem von Indonesien vorgelegten Resolutionsentwurf eben nicht zugestimmt. Schwarz-Rot enthielt sich schlichtweg der Stimme. Damit fällt Schwarz-Rot hinter Schwarz-Gelb zurück. Dabei ging es in dem Entwurf noch nicht einmal um ein Verbot, sondern nur um einen Prüfauftrag an alle Mitgliedstaaten. Ich finde dieses Enthaltung Deutschlands in der UN-Generalversammlung wirklich schändlich für Deutschland und besonders für die SPD,

(B)

(Beifall der Abg. Ulla Jelpke [DIE LINKE])

weil sie sich in dieser Frage rechts von der FDP verortet.

Ja, sehr geehrte Damen und Herren der CDU/CSU und der SPD, dieses Verhalten ist genau das Gegenteil von verantwortungsvoller Außen- und Sicherheitspolitik; denn es handelt sich um eine bewusste Verantwortungslosigkeit im humanitären Sinne aufgrund niederer Interessenmotive.

Noch ein Blick auf die in Deutschland stationierten Atomwaffen. Diese etwa 20 Atomwaffen könnte man abziehen lassen. Man will es aber nicht. Es gab verschiedene Initiativen. Trotz aller Global-Zero-Rhetorik könnten Sie hier voranschreiten. Im Jahr 2012 haben Sie aber in Chicago die Hoheit darüber an die NATO abgetreten. Wie kann man die souveräne Entscheidung über die Lagerung von US-amerikanischen Atomwaffen auf deutschem Boden an die NATO abtreten? Das ist ein Höchstmaß an Verantwortungslosigkeit.

Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der LINKEN)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin spricht die Kollegin Dr. Finckh-Krämer.

(C)

(Beifall bei der SPD)

Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD):

Sehr verehrte Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer oben auf den beiden Tribünen! Am 26. September 1983 wäre es um ein Haar zu einem Atomkrieg aus Versehen gekommen. Wir verdanken es Stanislaw Petrow, damals Oberst der sowjetischen Armee, dass ein Fehlalarm tatsächlich als ein solcher behandelt wurde. Er handelte gegen seine Vorschriften. Wenn er den Alarm weitergegeben hätte, hätte die sowjetische Führung nur wenige Minuten zur Entscheidungsfindung gehabt, und es könnte gut sein, dass wir heute hier nicht säßen und diskutierten. Dieser Vorfall wurde erst 1998 bekannt. Er war einer von mehreren schwerwiegenden nuklearen Zwischenfällen in der Zeit des Kalten Krieges, die alle hohes Eskalationspotenzial hatten.

Die Problematik, die uns besondere Sorgen macht, ist nicht so sehr der geplante Einsatz von Atomwaffen. China hat inzwischen erklärt, dass es überhaupt keinen Ersteinsatz plant, und den anderen Atomwaffenstaaten trauen wir das aus verschiedenen Gründen auch nicht unbedingt zu. Das Hauptproblem sind angesichts der Tatsache, dass wir noch so viele Atomwaffen in höchster Bereitschaft haben, vielmehr Fehlinterpretationen wie die, die 1983 vorgekommen ist, oder eventuelle Unfälle, sodass der erste Fehler unter Umständen der letzte sein könnte. Insofern ist es gerade in Zeiten, in denen sich bestimmte Konflikte zuspitzen, wichtig, das vertrauensbildende Element von Rüstungskontrolle und Rüstungsbegrenzung wieder zu stärken und sich dafür einzusetzen.

(D)

(Beifall bei der SPD, der LINKEN und dem BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die schwarz-rote Bundesregierung beteiligt sich aktiv an Rüstungskontrollkonferenzen, wie zum Beispiel der vom 20. bis 22. November dieses Jahres in Moskau oder an der Konferenz kommende Woche in Wien zu den humanitären Auswirkungen von Atomwaffen.

In Moskau, wo Experten, Diplomaten und Wissenschaftler aus 42 Ländern gemeinsam diskutiert haben, waren viele eher pessimistisch und meinten, dass der Spielraum für nukleare Abrüstungsschritte im Augenblick geringer geworden ist. Aber es gab in Moskau auch die Frage von der Abrüstungsbeauftragten der Vereinten Nationen, Angela Kane, ob es denn so schwierig sei, sich vorzustellen, dass die Russische Föderation und die USA ihren Widerstand gegen eine Nuklearwaffenkonvention – darum wird es ja auch in Wien indirekt gehen – aufgeben könnten. Ich habe aus ihrer Rede, die man inzwischen im Internet nachlesen kann, herausgehört, dass sie sich das gut vorstellen kann, und ich selber kann es auch.

Ein Ansatz, der weder in dem Antrag der Grünen noch in der Diskussion bisher zur Sprache gekommen ist, ist der Deep-Cuts-Ansatz. Seit letztem Jahr gibt es eine trilaterale Kommission von Experten aus Russland, den USA und Deutschland, die sich Gedanken darüber

Dr. Ute Finckh-Krämer

- (A) macht, wie man über den New-START-Vertrag hinaus in die strategischen Atomwaffenpotenziale der USA und Russland tiefe Einschnitte, also Deep Cuts, machen kann. Der erste Bericht dieser Kommission ist im April 2014 veröffentlicht worden. Es wurde ein Vorwort hinzugefügt, demzufolge die Vertreter in dieser Kommission trotz der damals gerade beginnenden Ukraine-Krise daran festhalten, dass Rüstungskontrolle und Abrüstung im nuklearen Bereich wichtige Aufgaben sind.

Die SPD hat immer vertreten, dass eine Politik für Frieden und Abrüstung mit dem Begriff „gemeinsame Sicherheit“ verbunden sein muss: wechselseitige Abhängigkeiten, gemeinsame Verantwortung für Frieden und Sicherheit mit dem anderen und nicht gegen andere. Insofern finde ich es nicht ganz fair, dass Sie uns vorwerfen, dass wir nicht an dem festhalten, was wir in den letzten Jahren in der Opposition gefordert haben. 2012, lieber Alexander Neu, waren wir übrigens nicht in der Regierung, sondern es war die schwarz-gelbe Regierung, die beim NATO-Gipfel in Chicago das erwähnte Votum abgegeben hat.

(Agnieszka Brugger [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Was machen Sie denn gegen die Modernisierungspläne?)

– Ist das eine offizielle Zwischenfrage? Dann bekomme ich noch ein bisschen Zeit.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Kollegin Brugger, Sie haben die Möglichkeit, zu fragen.

- (B) **Agnieszka Brugger** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN):

Vielen Dank, Frau Präsidentin, vielen Dank, liebe Kollegin Finckh-Krämer. – Ich stelle meinen Zwischenruf noch einmal als Frage: Wenn das nicht fair ist, was wir Ihnen hier vorgeworfen haben, nämlich dass Sie nicht mehr festhalten an dem klaren Kurs, den die SPD immer hatte – Sie haben immer gegen die Modernisierungspläne bezüglich der Tornados gekämpft, die die amerikanischen Atomwaffen im Notfall tragen sollten; außerdem haben Sie immer für den Abzug der Atomwaffen gestritten –, würde ich doch gern die Frage stellen: Was macht denn die Bundesregierung gerade angesichts dieser beiden konkreten Fragen, und was machen auch die Koalitionsfraktionen, um sich offen gegen die Modernisierungspläne zu positionieren und sich für den Abzug der Atomwaffen einzusetzen?

(Beifall bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der LINKEN)

Dr. Ute Finckh-Krämer (SPD):

Vielen Dank für die Zwischenfrage. – Die geplante Modernisierung der B61 ist ja zunächst ein amerikanisches Programm, das nicht nur die in Europa stationierten Atomwaffen, sondern vor allem auch die auf amerikanischem Boden stationierten umfasst. Der Entscheidungsprozess darüber ist in den USA noch nicht endgültig abgeschlossen. Insofern haben wir hier noch Zeit, das in den zuständigen Ausschüssen und Fraktionsarbeitsgruppen zu diskutieren. In den USA wird das unter anderem

unter der Finanzierungsfrage diskutiert. Wir wissen, dass sehr viel mehr Modernisierungspläne zu Atomwaffen existieren, als tatsächlich Geld im amerikanischen Haushalt zur Verfügung steht. Insofern werden wir das diskutieren, auch mit den Fraktionen in den Ausschüssen.

(Beifall bei der SPD)

Die Nuklearwaffenkonvention, die – wie bei den ersten beiden Konferenzen zu humanitären Folgen von Atomwaffen – in Wien mit Sicherheit zur Sprache kommen wird, wird von den P 5, also den offiziellen Atommächten, ein Stück weit als Konkurrenz zu dem Regime des Nichtverbreitungsvertrages, also des Atomwaffensperrvertrages, gesehen. Wir sehen das eher als sich ergänzende Prozesse an. Deswegen ist es uns auch wichtig, dass Deutschland sich an allen drei Konferenzen beteiligt hat. Wir begrüßen es als SPD besonders – ich denke, da kann sich das ganze Haus anschließen –, dass die USA und Großbritannien, anders als bei den letzten beiden Konferenzen, ihre Teilnahme angekündigt haben. Ich persönlich bin sehr gespannt auf das, was sie dort erzählen werden.

In Bezug auf die Waffensysteme mit abgereichertem Uran kann ich hier noch sagen, dass die Forderung nach einer wissenschaftlichen Untersuchung der Folgewirkungen des Einsatzes von Uranmunition von Deutschland immer mit unterstützt wurde. Aus meiner Sicht ist noch nicht endgültig geklärt, was Radioaktivität tatsächlich bewirkt, welche Schäden die Toxizität von Uran und möglicherweise andere, gleichzeitig in Einsatz gekommene Waffen in den entsprechenden Regionen bewirkt haben. Was wir aber machen werden – das kann ich, Herr Hochbaum, glaube ich, hier schon sagen –: Wir werden in der nächsten Sitzung des Unterausschusses „Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung“ ein Gespräch mit Fachleuten über diese Waffen führen und können dann anschließend hier vielleicht schon mehr sagen.

Danke schön.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Als nächste Rednerin hat die Kollegin Julia Bartz das Wort.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Julia Bartz (CDU/CSU):

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wer ist wohl der bessere Wachhund: der wohlfrisierte Pudel oder der Dobermann? Eigentlich gibt es keinen Grund, warum ein Pudel nicht auch ein guter Wachhund sein könnte. Man glaubt es ihm allerdings erst, wenn er zubeißt. Der zähnefletschende Dobermann wird wohl kaum beißen müssen, er sieht ja schon so böse aus.

(Wolfgang Gehrcke [DIE LINKE]: Meinen Sie damit die USA? – Omid Nouripour [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das ist doch von Goethe, oder?)

(C)

(D)

Julia Bartz

- (A) Sehr geehrte Damen und Herren, die Grünen fordern in ihrem Antrag unter anderem den Abzug aller US-Atomwaffen aus Deutschland und aus der Europäischen Union. Ich halte das für den falschen Schritt zum falschen Zeitpunkt. Schauen wir uns doch die geopolitische Lage an. Schauen wir auf das aggressive Verhalten Russlands in der Ukraine, in Abchasien und in Südossetien.

(Dr. Alexander S. Neu [DIE LINKE]: Und des Westens!)

Ich erinnere an die gute Rede Ihrer Kollegin Marieluise Beck in diesem Hohen Hause vor wenigen Wochen, als es um die Sanktionen gegenüber Russland ging. Sie hat deutlich gemacht, dass Russland in Bezug auf das Budapester Memorandum Vertragsbruch begangen hat. Sie erinnern sich: Die Ukraine hat 1994 freiwillig alle ihre Atomwaffen abgegeben, weil man ihr zugesichert hat, dass ihre Grenzen nicht berührt werden.

(Max Straubinger [CDU/CSU]: So war es!)

Das Gegenteil ist nun der Fall. Zudem ignoriert Russland bereits seit einigen Jahren die Angebote der Vereinigten Staaten, in bilateralen Abrüstungsverhandlungen weiter ins Gespräch zu kommen. Hier wäre es sinnvoll, über ein Folgeabkommen, New START, zu verhandeln. Russland lehnt dieses Angebot ab. Außerdem müssen wir bedenken, dass es neben den fünf Nuklearmächten De-facto-Atomkräfte gibt, unter anderem Nordkorea. In den vergangenen Wochen haben wir gesehen, dass die Verhandlungen mit dem Iran über sein Atomprogramm noch nicht erfolgreich zum Abschluss gekommen sind.

- (B) Ich teile Ihren grundsätzlichen Wunsch nach einer atomwaffenfreien Welt. Aber die Punkte, die ich eben genannt habe, machen deutlich, dass wir dies nicht über eine Einbahnstraße erreichen können, auch nicht, wenn sich alle Staaten, die über keine Atomwaffen verfügen, darüber einig sind. Wir müssen diesen Weg gemeinsam mit den Nuklearmächten gehen. Sonst landen wir hier in einer Sackgasse. Deshalb werden wir Ihren Antrag ablehnen.

Zu den beiden anderen Anträgen zur Uranmunition wurde bereits viel gesagt, insbesondere vom Kollegen Robert Hochbaum. Ich möchte deutlich betonen: Es handelt sich bei der entsprechenden UN-Resolution nicht um einen Bann von Uranmunition. Vielmehr geht es um die wissenschaftliche Untersuchung. Nun liegen uns bereits zahlreiche wissenschaftliche Untersuchungen vor: von NATO, UNEP, IAEO, der Weltgesundheitsorganisation und der Europäischen Kommission. Keine dieser Untersuchungen konnte einen ursächlichen Zusammenhang zwischen dem Einsatz dieser Munition und Krankheiten feststellen, die von den Medien mit dieser Munition in Verbindung gebracht wurden.

(Sylvia Kottling-Uhl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Es ist wie bei den Atomkraftwerken!)

So hat die Bundeswehr gemeinsam mit der Gesellschaft für Strahlenforschung zum Beispiel die deutschen Kosovo-Kontingente untersucht und keine Rückschlüsse auf besondere radiologische Gesundheitsrisiken ziehen können. Zwar hat UNEP in Studien festgestellt, dass im

ehemaligen Jugoslawien, in Kuwait und im Irak noch Spuren von angereichertem Uran in der Umwelt nachweisbar waren. Aber diese Spuren waren in einem so geringen Maß vorhanden, dass sie weit unter den Grenzwerten lagen, die die IAEO vorschlägt. (C)

Die Ergebnisse all dieser Studien kommen aber nicht in dem aktuellen Resolutionstext vor. Deshalb ist die Resolution nicht auf dem aktuellen Stand. Das ist der Grund, warum sich die Bundesregierung enthalten hat und warum wir Ihre beiden Anträge ablehnen werden.

Vielen Dank.

(Beifall bei der CDU/CSU)

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Frau Kollegin Bartz, der Kollege Neu hat noch eine Frage. Lassen Sie sie zu?

Julia Bartz (CDU/CSU):

Ja.

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Frau Bartz, Sie haben unter anderem auf die wissenschaftliche Untersuchung der NATO verwiesen, die zu dem Schluss kommt, dass es keinen ursächlichen Zusammenhang gebe. Ich mache Ihnen einen Vorschlag: Ich werde im Frühjahr im Rahmen der Parlamentarischen Gruppe nach Serbien fahren und werde Ihnen einen Liter Milch aus Südserbien mitbringen. Wir werden sehen, ob Sie den trinken werden. Sind Sie damit einverstanden? (D)

Julia Bartz (CDU/CSU):

Ich befürchte, dass die Milch sauer ist, wenn Sie wieder zurückgekehrt sind.

(Heiterkeit und Beifall bei der CDU/CSU sowie bei Abgeordneten der SPD)

Dr. Alexander S. Neu (DIE LINKE):

Ich glaube, nicht. Sie wollen also nicht.

Vizepräsidentin Edelgard Bulmahn:

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich schließe die Aussprache.

Interfraktionell wird Überweisung der Vorlagen auf den Drucksachen 18/3409, 18/3410 und 18/3407 an die in der Tagesordnung aufgeführten Ausschüsse vorgeschlagen. Sind Sie damit einverstanden? – Das ist der Fall. Dann sind die Überweisungen so beschlossen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 17 a bis 17 e auf:

- a) Erste Beratung des von der Bundesregierung eingebrachten Entwurfs eines **Gesetzes zu der Entscheidung der Konferenz von Doha vom 8. Dezember 2012 zur Änderung des Protokolls von Kyoto vom 11. Dezember 1997 zum Rahmenübereinkommen der Vereinten Nationen über Klimaänderungen (Doha-Änderung des Protokolls von Kyoto)**